

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2019 in Sachsen
- Antworten BÜNDNIS 90/GRÜNEN, Landesverband Sachsen -

1. Frage: Die Rolle der freien Schulen in der Bildungslandschaft – Welche bildungspolitische Grundposition vertritt Ihre Partei gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft im Freistaat Sachsen?

*Antwort: Schulen in freier Trägerschaft sind für uns ein Erfolgsmodell und fester, integraler Bestandteil des sächsischen Schulsystems. Freie Schulen nehmen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahr, sind derzeit allerdings in vielen Punkten gegenüber den staatlichen Schulen benachteiligt. So profitieren sie beispielsweise nicht in gleichem Maße von staatlichen Förderprogrammen, Projekten und Maßnahmen. Die Differenz zwischen den Ausgaben pro Schüler*in an einer Schule in öffentlicher und freier Trägerschaft ist nach wie vor beträchtlich. Das Lohnniveau der Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft liegt deutlich unter dem des öffentlichen Dienstes, dabei sind freie Schulen ebenso wie Schulen in öffentlicher Trägerschaft vom Lehrermangel betroffen. Das wollen wir ändern! Ziel unserer Bildungspolitik ist die Gleichstellung von Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft. Sowohl die Gründung als auch der laufende Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft müssen dauerhaft möglich bleiben. Freie Schulen sollen so ausgestattet werden, dass sie auf ein Schulgeld verzichten können.*

2. Frage: Gleichwertige Rahmenbedingungen – Werden Sie sich für gleichwertige Rahmenbedingungen für staatliche/kommunale und freie Schulen einsetzen? (Ja/Nein)

Antwort: Ja

3. Frage: Die Finanzierung der Schulen – Sollen Schulen in freier Trägerschaft die gleichen Finanzmittel wie Schulen in öffentlicher Trägerschaft zur Verfügung stehen? (Ja/Nein)

Antwort: Ja

Teilfrage: Wie will Ihre Partei die Finanzierung der freien und staatlichen Schulen in der kommenden Legislaturperiode gestalten?

Antwort: Wir wollen den sogenannten Absenkungsfaktor von 0,9 bei der Berechnung der Personalausgabenzuschüsse streichen und den bedarfserhöhenden Faktor für berufsbildende Förderschulen in freier Trägerschaft auf 1,5 festsetzen. Des Weiteren streben wir die 100%ige Finanzierung von Schulsozialarbeit auch an Oberschulen in freier Trägerschaft an.

4. Frage: Lehrkräfteausbildung und -gewinnung. Sind Sie der Ansicht, dass der Staat seiner Verantwortung für die Ausbildung von Lehrkräften in ausreichender Weise nachkommt? (Ja/Nein)

Antwort: Nein

Teilfrage: Falls Antwort nein, was will Ihre Partei ändern?

Die Lehramtsausbildung in Sachsen ist in den vergangenen Jahren rein zahlenmäßig immer weiter ausgebaut worden. Dies allein reicht allerdings nicht, um die Lehrkräfteversorgung sicherzustellen, auch die Struktur und Qualität der Ausbildung muss verbessert werden. Die unterschiedlichen Ausbildungslängen für die verschiedenen Lehrämter – und die folgenden Unterschiede in der Vergütung – sind dafür nur ein Beispiel. Wir möchten die Lehramtsausbildung per Gesetz (statt wie

bisher, durch reine Verordnungen) regeln und dabei unter anderem:

- *Ausbildung nach Schulstufen (Grundstufe: Klassen 1-6; Sekundarstufe: Klassen 5-12) statt nach Schularten*
- *Lehramtsstudiengänge von gleicher Qualität und Dauer*
- *größere Praxisnähe der Ausbildung*
- *Qualitätssichernde Seiteneinsteiger*innenprogramme in Form von berufsbegleitenden Aufbaustudiengängen*
- *Sicherung der Qualität der Ausbildung durch regelmäßige Evaluationen und Pflicht zur Akkreditierung der Studiengänge*

verankern. Des Weiteren muss die Lehramtsausbildung an allen lehrkräfteausbildenden Hochschulen auf eine planungssichernde Grundlage gestellt und verstetigt werden.

5. Frage: Berufsbildende Schulen. Der Berufsausbildung kommt in Zeiten des Fachkräftemangels eine besondere Bedeutung zu. Soll jede berufliche Ausbildung in Sachsen schulgeldfrei sein? (Ja/Nein)

Antwort: Ja

6. Frage: Umsetzung Artikel 102 Abs. 4 Satz 2 SächsVerf – Wie will Ihre Partei dieses Verfassungsgebot umsetzen?

Antwort: Unser GRÜNES Ziel ist es, dass der in §102 Abs.4 versprochene Ausgleichsanspruch Realität wird. Schulen in freier Trägerschaft müssen so ausgestattet werden, dass das derzeit erhobene Schulgeld entfallen kann und sie finanziell in die Lage versetzt werden, Vergütungen zahlen zu können, die denen der öffentlichen Schulen entsprechen. Dazu wollen wir, wie bereits in Frage 3 angeführt, den Absenkungsfaktor streichen und den bedarfserhöhenden Faktor für berufsbildende freie Förderschulen auf 1,5 festsetzen. Des Weiteren müssen Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigt an allen Modellprojekten und Förderprogrammen teilhaben können.